

Die IG BAU und ihre „grünen“ Bereiche – eine Skizze

9



Die IG BAU und ihre „grünen“ Bereiche – eine Skizze von Alf Mayer*

Es war nicht nur ein Wortspiel mit Buchstaben. Als sich im November 1995 die Gewerkschaften IG Bau-Steine-Erden (BSE) und die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) zusammenschlossen und sich den neuen Namen IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) gaben, war das eine bewusste Entscheidung. Es war eine Namenstaufe mit Programm. Die Verknüpfung von Arbeit und Umwelt war ein strategisches Ziel der Fusion.

1995 klang die Kombination von Bauen, Agrar und Umwelt für viele noch sehr kühn. Ein Dutzend Jahre später ist der Zusammenhang dieser Bereiche auch außerhalb der Gewerkschaft etwas Selbstverständliches geworden. Die Themen Umwelt, Energie, Lebensmittel und Nachhaltigkeit stehen weltweit im Mittelpunkt der Politik. Umwelttechniken und Erneuerbare Energien sind ein Jobmotor, und auch die energetische Gebäudesanierung bietet ein weltweit gewaltiges Arbeitsfeld.

*Aus
schwierigem
in modernes
Gelände*

War das neue „Haus der Baugewerkschaften“ (Grundsteinlegung am 21. Januar 1994) im Frankfurter Mertonviertel damals noch ein frühes Beispiel für ein Bürogebäude mit energiesparenden und ökologischen Elementen, so ließ im Jahr 2008 die Deutsche Bank die Zwillingstürme ihrer Frankfurter Zentrale für über 200 Millionen Euro zu einem der modernsten Hochhäuser der Welt energetisch grundsanieren. Ökologisch und energiebewusst bauen ist „in“. Auf die Landwirtschaft wird nicht mehr verächtlich herabgesehen. Ökologisch produzierte Lebensmittel gibt es in jedem Supermarkt. Über Bio wird nicht mehr gelacht. Ein großer Bewusstseinswandel und eine Wirtschafts- und Politikwende sind zu verzeichnen. Mittendrin die IG BAU und die „grünen“ Branchen. Die zeitgemäße Form der alten Landarbeitergewerkschaft kommt aus schwierigem in aufregend modernes Gelände. Die hier folgende Übersicht kann das nur anreißen, sie ist eine Momentaufnahme, keine ausgewogene und ausführliche chronologische Darstellung der vergangenen zwölf Jahre.

*Themen des
21. Jahrhunderts*

Im Namen und im Programm der IG Bauen-Agrar-Umwelt bilden sich die großen Themen und Wirtschaftsfelder des 21. Jahrhunderts ab. Die IG BAU gilt inzwischen als „die“ Umweltgewerkschaft der Bundesrepublik Deutschland – und sie hat sich auch in Europa einen guten Namen gemacht. Sie steht für mehr als Tarifpolitik und Besitzstandswahrung. Sie ist, wie es ein Leitbild aus der Mitte der 90er-Jahre formulierte, „die Gewerkschaft, die heute schon an morgen denkt“. Hans-Joachim Wilms, stellvertretender Bundesvorsitzender der IG BAU und 1995 der letzte Vorsitzende der GGLF, sagt dazu: „Wir wollten damals etwas Neues, einen neuen Ansatz. Aber auch niemand von uns hätte damals gedacht, dass Klima- und Ernährungsfragen, Energie und energetische Gebäudesanierung in solch breitem Umfang zu zentralen Wirtschaftsbereichen geworden sind.“

*Alf Mayer, Journalist und langjähriger freier Mitarbeiter der Redaktion des IG BAU-Mitgliedermagazins „Der Grundstein/Der Säemann“

Kontinuität und Erneuerung, dieses Zukunftsbild entwarf Klaus WieseHügel, der damals neu ins Amt gewählte (erste) Bundesvorsitzende der IG BAU, auf dem Vereinigungsgewerkschaftstag von GGLF und BSE am 7. November 1995 in Dortmund. „Kontinuität, weil der zunehmenden Vereinzelung die solidarische Kraft eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gegenübersteht; Kontinuität, weil unterschiedliche Erfahrungen in einer gemeinsamen Politik gebündelt werden; Erneuerung, weil die Integration aller Mitglieder das Verlassen ausgetretener Wege notwendig macht; Erneuerung, weil unterschiedliche Erfahrungen sich zu neuen Ideen verknüpfen.“

Das wird allgemein auch von außen bestätigt, zum Beispiel von Professor Dr. Elmar Altvater, Freie Universität Berlin: „Der IG BAU gelingt es besser als anderen Gewerkschaften, soziale und ökologische Forderungen in Einklang zu bringen. Die IG BAU bemüht sich konkret, soziale und ökologische Zielsetzungen zu verbinden und das Nachhaltigkeitskonzept in der politischen Handlungsstrategie zu verankern (zum Beispiel in Tarifverträgen). Die IG BAU organisiert zweifellos jene Branchen, die von einem sozial-ökologischen Umbau (zum Beispiel nachhaltiger Energiepolitik) profitieren.“

Haltung quer zum Strom

1995/96, als sich die neue Gewerkschaft gründete, klang so etwas noch wie Zukunftsmusik. Es war eine Haltung quer zum Strom, mit der die IG BAU an die Öffentlichkeit trat. Umweltpolitische Impulse wollte die „neue“ Gewerkschaft IG BAU geben und die traditionell starke Durchsetzungskraft der einen Organisation mit der langen ökologischen Tradition der anderen verbinden. „Das hilft nicht nur“, hieß es in einem damaligen Papier, „im Wachstumssektor Umweltschutz mehr Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, sondern auch, Ressourcen zu schonen und die Qualität des Bauens sowie der Landwirtschaft zu verbessern.“ Im „Geschäftsbericht 1995 – 1996“ der IG BAU hieß es dazu, „der verstärkte internationale Wettbewerb in der Bauwirtschaft bringt auch enorme Gefahren für den Umwelt- und Naturschutz mit sich. Gerade bei zunehmendem Konkurrenzdruck betrachten viele Bauunternehmen Investitionen in den Umweltschutz eher als Luxus und weniger als unabdingbare Notwendigkeit. Die Folge: Je billiger die Leistungen erbracht werden müssen, desto rücksichtsloser werden Umweltschäden oder daraus resultierende Gesundheitsgefahren für die Bevölkerung in Kauf genommen. Solange es Investitionsstandorte gibt, die Umweltzerstörung akzeptieren, ist kein Ende dieser destruktiven Kettenreaktion in Sicht.“

Die IG BAU, so bekräftigte sie damals in ihrem Geschäftsbericht, „will diese Entwicklung stoppen. Eine umweltpolitische Pause, wie sie die Industrie seit längerem vorschlägt, darf es nicht geben. Deshalb fordert die IG BAU ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Und sie hat auch schon damit begonnen, zusammen mit den Naturschutzverbänden einen Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung in der Bau- und Forstwirtschaft zu entwickeln.“ Die IG BAU engagierte sich für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, für energie-, rohstoff- und flächensparendes Bauen und für wiederverwendungsgerechtes Konstruieren. Das von ihr 1995 geforderte Investitionsprogramm sollte „neue und ökologischere Verfahren, Produkte und Dienstleistungen hervorbringen oder in Gang setzen: Fotovoltaik-Technik auf Dächern und Fassaden, Programme zum Einsparen von Energie und zum Bau von Niedrigenergiehäusern, konsequenter Klimaschutz bei der Sanierung von Alt-



bauwohnungen, Angebote zum Recycling von Flächen und Baustoffen, Gewässerschutz und Sanierung der Abwassernetze, Förderung des Holzbaus.“ Dem Wertstoff Holz, so die damalige Prognose, „könnte eine neue Chance und der Nutzung der heimischen Wälder eine neue Perspektive gegeben werden“. Auch im Bereich der Land- und Forstwirtschaft hielt die IG BAU „nachhaltiges Wirtschaften und Zukunftsinvestitionen für dringend nötig. Statt Gen-Tomaten zu fördern, sollte der ökologische Anbau von Getreide, Obst und Gemüse forciert werden. Mehr Produktqualität und neue Aufgabenfelder bietet auch die land-

wirtschaftliche Direktvermarktung.“ Die Forstwirtschaft solle sich „künftig vor allem am Ziel der ökologischen Stabilität der Waldökonomiesysteme orientieren. Deshalb plädiert die IG BAU für eine naturgemäße Waldbewirtschaftung.“

So gut wie alle diese Programmpunkte aus der Zeit der Fusion, kann man heute sagen, haben den Lackmustest der Zeit bestanden. Damals musste man sie kühn nennen. Das gilt auch für die folgende programmatische Passage von 1995:

„Die IG BAU erwartet von einem ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramm, das zum nachhaltigen Wirtschaften anhält, nicht nur mehr Umwelt- und Naturschutz, sondern auch mehr Arbeitsplätze. Sie hält nichts von dem Gerücht, Umweltschutz sei ein Jobkiller. Vielmehr bedeutet die Umstellung nahezu aller Produktionsverfahren auf ökologische Konzepte, dass neue Märkte entstehen und neue Produkte entwickelt werden müssen.“ Im Sommer 2006 dann lautete die Titelseite der Mitgliederzeitschrift „Der Grundstein/Der Säemann“: „Nachwachsende Rohstoffe: Das grüne Gold. Wachstumsmarkt mit Zukunft.“ Mittlerweile erweitert sich das Berufsbild des Landwirts zum Energiewirt.

Ressourcenreich ländlicher Raum

„Am schönsten und komplettesten hat ein österreichischer Philosoph den ländlichen Raum als ‚Ressourcenreich ländlicher Raum‘ beschrieben“, findet Hans-Joachim Wilms. Der alte Spruch „Die Zukunft kommt vom Lande“ hat seit einigen Jahren eine moderne Variante. Denn mit der Agrarwende (um das Jahr 2000) der rot-grünen Bundesregierung, die damit in Europa keineswegs

alleine stand, verknüpfte sich eine Energiewende. Von 1998 bis 2005 verdoppelte sich in Deutschland die mit nachwachsenden Rohstoffen bestellte Fläche auf über eine Million Hektar. Der stetig ausgebauten Anbau von Biomasse gab den Erneuerbaren Energien einen wesentlichen Schub. Dass die Welt dringend von den fossilen Brennstoffen Abschied nehmen muss, ist heute politisches Allgemeinut, auch wenn es hier noch Rückzugsgefechte gibt. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien – und die IG BAU war von Anfang an dabei. „Vorfahrt für nachwachsende Rohstoffe“ forderte „Der Säemann“ schon im Januar 1995.

Neue Strukturen

Um innerhalb der IG BAU eine neue Qualität der inhaltlichen Arbeit auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes zu erreichen, wurden nach der Fusion teilweise neue Strukturen geschaffen. So sollte die berufs- und fachbezogene Arbeit der „grünen“ Branchen stärker in alle Organisationsebenen der IG BAU einfließen können. Zahlreiche ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen leisteten und leisten hier eine wertvolle Arbeit. In allen Bundesländern wurden neue Fachgruppen aufgebaut. So entstanden die Fachgruppen für Gartenbau und Floristik, für die Landwirtschaft und den Bereich Forst. Auf der Ebene des Bundesvorstands der IG BAU wurde eine neue Abteilung eingerichtet. Mit den Tätigkeitsschwerpunkten „Umwelt“ und „Europa“ sorgte sie ebenfalls dafür, dass ökologische Fragen im gesamten Organisationsbereich der IG BAU eine größere Rolle spielten. Im politischen Bereich etablierte sich die IG BAU immer mehr als fachkompetente Umweltgewerkschaft. In den vergangenen zwölf Jahren wirkte sie im Umfeld zahlreicher ökologischer Gesetzeswerke mit.

Der erste „Öko-Tarifvertrag“

Der erste „Öko-Tarifvertrag“ übrigens, der dementsprechend bundes- und europaweite Beachtung fand, wurde bereits Ende 1995 von der IG BAU ausgehandelt. Zwar betraf er keine explizit „grüne“ Branche, aber sehr wohl die Umwelt und den beschäftigungspolitischen Kern des Nachhaltigkeitsgedankens.

Der erste bundesdeutsche Tarifvertrag mit ökologischen Inhalten wurde 1995 mit dem „Unternehmerverband Industrieservice“ geschlossen. Diese Branche, in der es um die Instandhaltung, Entsorgung und viel Gift und Schadstoffe im Industrieanlagenbereich geht, war daran interessiert, ihr „Schmuddel-Image“ abzulegen. Der Tarifvertrag schrieb für die Betriebe einen Umweltausschuss, einen Umweltbeauftragten, viel Weiterbildung und eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat in Umweltfragen vor. Öko-, Energie- und Stoffbilanzen sollten erstellt und so bei den Beschäftigten das Bewusstsein für Ökologie geschärft, der Arbeits- und Gesundheitsschutz als Folge ökologischen Handelns begreifbar gemacht werden. Bei gesundheits- und umweltgefährdenden Arbeiten räumte der wegweisende Tarifvertrag ein Beschwerderecht ein und zusätzlich ein Arbeitsverweigerungsrecht. Ein Tarifvertrag mit Vorbildcharakter für andere Branchen.

Offen für Kooperationen

Der „grüne“ Bereich der IG BAU war auch maßgeblich daran beteiligt, dass sich die IG BAU mit der umweltkritischen Öffentlichkeit, mit Reformbewegungen, Interessenverbänden, unabhängigen Institutionen und Wissenschaftlern vernetzte. Wirtschaftswissenschaftler und Umweltexperten wurden verstärkt zu Rate gezogen, um Stellungnahmen und Forderungen zu erstellen. So entwickelte die IG BAU auch im kritischen wissenschaftlichen Dialog eine eigene Stimme. Zusammen mit dem Weizsäcker-Institut für Klima, Umwelt, Energie in Wuppertal entstand zum Beispiel 1996 die Stellungnahme „Zukunftsfähigkeit und Standortsicherung“ zum Bericht des Beirats des amerikanischen Präsidenten. In der Diskussion zum „Standort Deutschland“ wurde diese IG BAU-Broschüre damals stark beachtet.

Die Zusammenarbeit der IG BAU mit den sogenannten NGOs, mit Nicht-Regierungsorganisationen, wurde konsequent ausgebaut. Es gab und gibt Kooperationen mit Greenpeace und BUND, mit den Naturfreunden, mit umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden und eine ständige Mitarbeit im Forum „NGOs und Gewerkschaften“. Trotz gelegentlicher Reibung wird diese „Zufuhr“ von Know-how von außen in der IG BAU als sehr positiv bewertet, bringt das doch Selbsterneuerungsprozesse und freien Blick.

„Landwirtschaft und Klimawandel“, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, lautete das Thema einer gemeinsamen Veranstaltung von IG BAU und dem NGO-Forum Umwelt und Entwicklung im Mai 2008 in New York. Anlass war die Sitzung der UNO-Kommission für nachhaltige Entwicklung. IG BAU und NGOs wollten mit der gemeinsamen Diskussionsveranstaltung auf einen zunehmend wichtigen Ein-

flussfaktor in der Landwirtschaft aufmerksam machen, der etwa Ernteerträge und Produktionsweisen zunehmend infrage stellt: die globale Erwärmung. Stellvertretender IG BAU-Bundesvorsitzender Hans-Joachim Wilms wies dabei auf die negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels auf die in der Landwirtschaft Beschäftigten hin. „Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Löhne und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in diesem Sektor ist ein notwendiger Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur nachhaltigen Entwicklung“, betonte er. Denn in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich stünden soziales und ökologisches Wohl in so engem Zusammenhang.



Andreas Schaezel

Nachhaltige Entwicklung

Der Begriff stammt aus der Forstwirtschaft, er wurde 1713, vor fast 300 Jahren, von Hans Carl von Carlowitz im sächsischen Freiberg geprägt, der sich Gedanken über den enormen Holzverbrauch im Silberbergbau machte. Ein sozusagen „deutsches“ Fremdwort, sperrig und spröde, war das über längere Zeit auch innerhalb der IG BAU, nicht alle hatten eine genauere Vorstellung, was der Begriff bedeutet. Hier leistete die IG BAU für ihre Mitglieder wie insgesamt für die Gesellschaft Vermittlerdienste.

„Die Organe, die Beschäftigten und die Funktionäre der IG Bauen-Agrar-Umwelt sind in ihrem politischen und praktischen Handeln daran orientiert, sich umweltgerecht zu verhalten und für eine nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung einzutreten. Eine am Wachstum der Wirtschaft ausgerichtete Politik darf unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht dem Raubbau und der Zerstörung preisgeben“, formulierte die IG BAU 1999 in ihren „Leitsätzen für den Naturschutz“. Heute sind alljährliche Nachhaltigkeitsberichte für Großunternehmen selbstverständlich, immer mehr Aktienfonds werden auch nach der Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Unternehmen bewertet. Nachhaltige Entwicklung wurde für die IG BAU zum zentralen Leitbild der Wirtschafts- und Umweltpolitik. „Sie wächst in die drei Dimensionen dieses Begriffs hinein“, hieß es im Geschäftsbericht 2001 bis 2005 „Nachhaltigkeit (er)leben“ zur dritten Bundeskonferenz der Beamtinnen/Beamten und Angestellten in Forst und Naturschutz am 13. April 2005 in Göttingen. „Die IG BAU bewegt sich immer sicherer im Wirkungsgefüge von Ökonomie, Ökologie und Sozialem und trägt umfassende Verantwortung ...

Besonderen Wert im Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem legt die IG BAU auf die sozialen und beschäftigungspolitischen Komponenten. Unsere Arbeit ist ein Teilbeitrag, dass die soziale, ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung national und international so gestaltet wird, dass die natürlichen Lebensgrundlagen global erhalten bleiben. Wir tragen Sorge, dass die Lebensqualität insbesondere im ökologischen und sozialen Sektor für die nächsten Generationen gewährleistet bleibt.“

Holger Bartels, Leiter der Abteilung Landwirtschaft/Umwelt/Europa, betont: „Für die IG BAU ist die soziale Dimension besonders wichtig. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, ökonomische Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit zu verbinden. Unsere Baustelle sind die Menschen.“

Arbeit im Haus Europa

Ziel der IG BAU, die sich stets klar zu Europa und zur Osterweiterung der Europäischen Union bekannte, war immer die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. „Wir wollen ein soziales Europa“, das war (und ist) über alle Jahre der Kern aller Europaarbeit der IG BAU. Für eine Gewerkschaft wie die IG BAU bedeutet das: ständige Arbeit und Wachsamkeit im Haus Europa. Fast 70 Prozent aller Gesetze, die der Deutsche Bundestag beschließt, sind Umsetzungen europäischer Regelungen in nationales Recht. Die geschärfte Aufmerksamkeit für europäische Themen und Arbeitsfelder kam (und kommt) der ganzen IG BAU zugute.



Kalle Meyer

Innerhalb der europäischen Gewerkschaften hat sich die IG BAU einen sehr positiven Ruf erworben, gilt als kompetent und europaorientiert. Großes Augenmerk galt immer der Zusammenarbeit mit osteuropäischen Gewerkschaften, besonders in Polen. Bündnisgenossen fanden sich auch in vielen anderen Ländern, von den Niederlanden und Italien zu Spanien, Dänemark, Schweden oder Frankreich. 2008 begann eine Zusammenarbeit mit Ägypten, mit Perspektive auf den Mittelmeerraum. Wann immer es möglich ist, versucht die IG BAU in ihrer europäischen Arbeit die Kräfte durch Bündnisse mit anderen DGB-Gewerkschaften, mit verwandten Branchengewerkschaften im Ausland und wei-

teren Kräften, wie zum Beispiel attac oder Naturschutzbündnissen, zu stärken. Denn die Unternehmenslobby verfügt in Brüssel über erheblich mehr Einflussmöglichkeiten und Mittel als die Gewerkschaften. Wie stark die neoliberalen Marktkräfte die Europäische Union beherrschen, zeigte sich zum Beispiel bei der erbitterten Auseinandersetzung um die sogenannte „Bolkestein“-Richtlinie, bei der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie.

Ost-Erweiterung

Ein wichtiges historisches Datum für die IG BAU war der 1. Mai 2004. An diesem Tag wurde die EU-Osterweiterung vollzogen. Die europäischen Agrargewerkschaften waren in diesem Einigungs-

prozess gut aufgestellt – vor allem auch durch die zahlreichen Initiativen der IG BAU. Die Arbeit der IG BAU im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss war dabei ein wichtiges Standbein. Dieses Gremium erarbeitet Stellungnahmen zu Richtlinienentwürfen der Europäischen Kommission. Das ist eine sogenannte verpflichtende Tätigkeit und findet im europäischen Gesetzgebungsprozess weitreichende Beachtung. So entstand zum Beispiel die Stellungnahme „Beschäftigungs-situation in der Landwirtschaft der EU und den Bewerberländern – Handlungsoptionen für 2010“. Sie enthält konkrete Forderungen an den Arbeitsplatz und an die sozialen Bedingungen der Zukunft. Die IG BAU handelte für

Deutschland Übergangsfristen aus, die Zeit lassen, dass Europa zusammenwächst und nicht Ausbeutung und Dumpinglöhne regieren.



zplusz

Entsenderichtlinie und Mindestlohn

Über 40 Jahre an europäischer Erfahrung brachte die GGLF in die Fusion mit der IG BSE ein. Beide Gewerkschaften hatten bereits lange vor der Fusion die zunehmende Bedeutung des „Arbeitsmarkts

Europa“ erkannt. Im Rahmen des sozialen Dialogs in der Landwirtschaft hatte die GGLF die Notwendigkeit einer Entsenderichtlinie immer wieder thematisiert. Europäische Gewerkschaften – und darunter nicht unbedeutend die IG BAU – waren dann daran beteiligt, dass die Europäische Entsenderichtlinie nach langen Verhandlungen im Dezember 1996 endlich verabschiedet wurde. Bei den Aktionstagen der IG BAU für ein neues Entsendegesetz waren öfter auch ausländische Gewerkschaften dabei, denn es ging um Tarifverträge mit europäischen Auswirkungen. Im neuen Tarifvertrag für das Bauhauptgewerbe, der nach einer ganzen Reihe von IG BAU-Demonstrationen am 22. August 1996 abgeschlossen wurde, wurden erstmals Mindestlöhne festgeschrieben. So kamen über den europäischen Umweg und mit „grüner“ Unterstützung auch deutsche Bauarbeiter in den Genuss von Mindestlöhnen. Für allgemein verbindlich erklärt wurden die tariflichen Mindestlöhne am 11. November 1996, und zwar 17 DM im Westen und 15,64 DM im Osten Deutschlands. In Sachen Mindestlohn ist die IG BAU bis heute vielen anderen Gewerkschaften voraus.

GaLaBau

Mitte der 90er-Jahre veränderte sich der Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (GaLaBau). Der GaLaBau trat immer in Konkurrenz zum Bauhauptgewerbe, spezialisierte sich auf Nischen und kombinierte Aufträge und lockte nicht selten mit Dumpingangeboten. Die Tarifverträge kamen unter Druck, es wurden unruhige Zeiten. Gegen die Gründung von Betriebsräten gab es in den meist familiär geführten Betrieben viel Druck (durchschnittliche Beschäftigungszahl im Jahr 2000: acht Arbeitnehmer). Im Jahr 2003 wurde deshalb der GaLaBau zur Schwerpunktbranche innerhalb der IG BAU. Ab Sommer 2003 startete die Kampagne „Komm an unsere grüne Seite“. In den Grenzregionen wurde die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der Nachbarländer ausgebaut. So zum Beispiel mit Tschechien und den Niederlanden (FNV Bondgenoten), wo es 2003 Unterstützung in der IG BAU-Tarifrunde gab. Gewerkschaftspolitisch war es eine große und wichtige Aufgabe, die Tarifbedingungen im GaLaBau stetig zu verbessern und ein Unterlaufen der Bautarife zu verhindern. Seit 2007 gibt es ein Saison-Kurzarbeitergeld und damit keine Notwendigkeit mehr zur Winterkündigung. Das von der IG BAU eingerichtete „Gärtner-Telefon“ hat dennoch reichlich Zuspruch.



Kalle Meyer

Landwirtschaft im Umbruch

Länger schon und mehr als andere Politikbereiche war Landwirtschaft vor allem eine europäische Angelegenheit. Die Lobbyarbeit der IG BAU und die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Gewerkschaften war hier deshalb immer sehr ausgeprägt. Der IG BAU ging es dabei um die Interessen der Arbeitnehmer und um die der Verbraucher – dies ein Politikfeld, in dem sich die IG BAU in den vergangenen Jahren zusätzliches Ansehen verschafft hat. BSE-Krise, Gammelfleisch und andere Lebensmittelskandale seien hier als Stichworte genannt. „Krisen sind auch Chancen“, diese konstruktive Haltung prägte und prägt viele Handlungsfelder der IG BAU auch im „grünen“ Bereich.

Im europäischen Reformprozess der Agrarpolitik und bei der Förderung des ökologischen Landbaus bezog die IG BAU stets klare Stellung. Bereits 2001 legte die IG BAU zusammen mit 14 nam-

haften Umweltverbänden Vorschläge zu einer konsequenten Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik vor. Die frühzeitige Vorlage stieß den Diskussionsprozess um eine vielfältige, natur- und umweltverträgliche Landwirtschaft sowie über lebendige ländliche Räume an, die vielen Menschen Arbeit, Einkommen und Zukunftsperspektive bieten. Zusätzlich betont wurde dies durch eigene Gestaltungsvorschläge im „Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum“ und durch die Arbeit in den Begleitausschüssen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Besonderes Augenmerk galt (und gilt) dabei Standards in den Bereichen Umwelt, Lebensmittelsicherheit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Tierschutz und Pestizide. Wo immer es möglich war, machte die IG BAU dabei die Rolle der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft sichtbar. Dies war und ist umso wichtiger, als die Arbeitnehmer bis hin in die neueren Agrarberichte der Bundesregierung traditionell keine Rolle spielten. Die Position der IG BAU dazu: „Wir setzen uns national als auch in Europa für eine neue Agrarpolitik ein, die nicht mehr nur für Bauern, sondern für die Menschen in der Landwirtschaft und in den ländlichen Räumen gestaltet wird.“

Seit 1998 machte die IG BAU verstärkt deutlich, dass Entscheidungen über Subventionen und europäische Fördergelder nicht mehr allein durch Ministerien und Bauernverbände getroffen werden können. Mitstimmrechte in verschiedenen Gremien wurden erkämpft. Dank einer beständig ausgebauten, breiten fachlichen Struktur wurde es möglich, die neuen Chancen zu nutzen. Mit eingebunden waren zum Beispiel Landes- und Bezirksverbände, der „Verein zur Förderung der Land- und Forstarbeiter“ (VLF), das PECO-Institut, die Tarifparteien-Initiative „Qualifizierungsfonds Land- und Forstwirtschaft“ (QLF) und das EU-Projekt BRAIN („Beschäftigung Region Agrar Innovation Netzwerk. Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum“). Allgemeine Qualifikationen für IG BAU-Mitglieder aus den „grünen“ Berufen wurden ebenso angeboten wie fachorientierte Fort- und Weiterbildungen für Mitglieder, die von Arbeitslosigkeit bedroht waren oder sich beruflich neu orientieren wollten. Der politische (Weit-)Blick war stets auch auf neue Chancen für Arbeitsplätze und Regionalentwicklung gerichtet. Inhaltliche Eckpunkte wurden in einer Vielzahl von Positionspapieren und Stellungnahmen niedergelegt. Die von der IG BAU initiierte Stellungnahme „Erneuerbare Ressourcen – ein Beitrag des ländlichen Raums zum aktiven Klimaschutz und zur nachhaltigen Entwicklung“ für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Kommission wurde mitentscheidend für die grundsätzliche Ausrichtung dieser Politik auf europäischer Ebene.

Die gute Vernetzung bewährte sich zum Beispiel auch im Herbst und Winter 2000/2001, als der Rinderwahn in Europa grassierte. Drei Tage vor Bekanntwerden des ersten BSE-Falls in Deutschland legte die IG BAU ein umfassendes Programm vor, das nach zwei Ministerrücktritten in Berlin (Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke und Gesundheitsministerin Andrea Fischer) von der Bundesregierung fast ohne Abstriche übernommen wurde. Durch gemeinsames Auftreten und gemeinsame Demonstrationen mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) gelang es, die Dauer des Kurzarbeitergelds für die von der BSE-Krise betroffenen Beschäftigten auszuweiten.

Betriebliche Altersvorsorge

Im Januar 2003 gelang es, zwischen IG BAU und dem Gesamtverband der Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände (GLFA) zu einer Tarifvereinbarung über eine betriebliche Altersvorsorge zu kommen. Dies wird für die Zukunft ein immer wichtigeres Element, denn die bescheidenen Einkommen in den „grünen“ Berufen und die Entwicklung der gesetzlichen Rente lassen im Alter immer größere Versorgungslücken entstehen.

Im Jahr 2008 betrug die monatliche Altersrente für landwirtschaftliche Arbeitnehmer im Durchschnitt für Männer im Westen Deutschlands 867 Euro und im Osten 926 Euro. Für Frauen, die in der Landwirtschaft tätig waren, lag die durchschnittliche Altersrente bei 560 Euro im Westen und 749 Euro im Osten. Per Tarifvertrag geregelt ist eine Einzahlung von 5,20 Euro je Beschäftigten durch die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber. Daraus konnte 2008 eine monatliche Leistung von 62,00 Euro entstehen, ab 1. Juli 2009 werden dies 960 Euro im Jahr sein. Bestehende oder künftige Lücken in der Altersrente zumindest teilweise aufzufangen, auch das gehört für die IG BAU zur Tarifpolitik.

Vom Landwirt zum Energiewirt

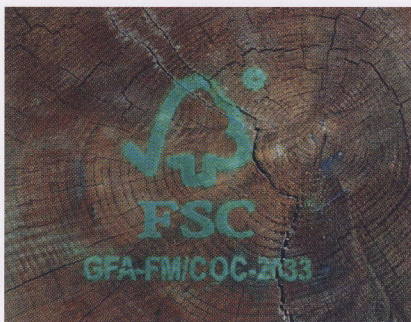
Eine aktive Rolle in neu zu organisierenden dezentralen Energiekreisläufen will die IG BAU künftig den Landwirten zugeordnet wissen. Darüber wird verstärkt seit der weltweiten Energiekrise des Jahres 2008 auf europäischer Ebene diskutiert. Die sich im Herbst 2008 abzeichnende künftige EU-Biokraftstoffstrategie, die nach Angaben der Kommission auch zu einem erheblichen Umfang den Import von landwirtschaftlichen Rohstoffen einschließt, erscheint den Gewerkschaften ungeeignet, um auf wirtschaftlich effektive Weise gleichzeitig Klimaschutzziele zu verwirklichen und innerhalb der Landwirtschaft neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie zusätzliche Einkommen zu generieren. Nach Ansicht der IG BAU sollte anstelle dieser Biokraftstoffstrategie eine wohlüberlegte neue Biomassenstrategie entworfen werden, die nicht auf Importe setzt, sondern versucht, wesentlich stärker als bisher landwirtschaftliche Nebenprodukte und Abfälle in nutzbare Energie umzuwandeln. Auf diese Art und Weise würde die Diskussion um Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsmittelerzeugung und Bioenergie positiv beantwortet, viel für das Klima geleistet werden, dem ländlichen Raum würden Impulse für Arbeitsplätze und neue Infrastruktur gegeben. Diese Position vertrat die IG BAU bei der Europäischen Konferenz für ländliche Entwicklung im Oktober 2008 auf Zypern.

Forstwirtschaft

„Vom Bürgerwald zur Holzfabrik?“ lautete im April 2000 ein Zwischenruf von Hans-Ulrich Blöcher, dem Vorsitzenden der Bundesvertretung Forst- und Naturschutz. Zusammen mit seinen ehrenamtlichen Kollegen und Kolleginnen kämpfte er unermüdlich um bessere Bedingungen für den Wald und die Forstbeschäftigten. Die wirtschaftlichen Bedingungen der Forstwirtschaft in der Bundesrepublik in der vergangenen Dekade konnten nur als unbefriedigend bezeichnet werden. „Knausrige Finanzminister im Privatisierungswahn“, so damalige Zeitungsüberschriften, legten die Axt an die sozialen Funktionen des Walds wie an die sozialen Belange der Forstbeschäftigten. Dennoch gelang es der IG BAU, forst- und sozialpolitische Akzente zu setzen. Vielfältige Aktionen der Waldarbeiter unterstützten die Erhöhung der Kraftfahrzeugentschädigung. Dank der Mobilisierung vieler Forstbeschäftigten konnte die IG BAU



Kalle Meyer



Martin Schwenninger

die Reformen und Rechtsformveränderungen in Verwaltung und Betrieben der Forstwirtschaft mit gestalten. Fast alle Bundesländer vollzogen dabei einen Umgestaltungsprozess, der mit weniger Beschäftigten eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit erreichen sollte. Der „Umbau“ der Landesforsten vollzog sich so überwiegend sozialverträglich und ohne betriebliche Kündigungen, keineswegs aber ohne Reibungen. Bei Gehältern und Besoldungen wurden Erhöhungen erzielt. Es wurde ein Monatslohn eingeführt. Im Jahr 2008 gelang endlich die Einführung eines Mindestlohns.

Die naturnahe Waldbewirtschaftung wurde Teil der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, und die IG BAU beeinflusste auch die Novelle von Natur- und Bundeswaldgesetz. Die IG BAU-Broschüren „Lebensquelle (Bann)Wald“ und „Dem Leben Zukunft geben – Unser Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung“ fanden über die eigene Gewerkschaft hinaus große Beachtung.

Die Zertifizierung der Forstbranche hatte für die IG BAU stets eine zentrale und in die Zukunft weisende Bedeutung. Aus dem Jahr 1994 datiert eine gemeinsame Erklärung von GGLF, BUND, Greenpeace und GHK zum Tropenholz mit der Forderung nach Zertifizierung. Die GGLF war eine der ersten Gewerkschaften, die der internationalen Zertifizierungsorganisation FSC beitrug. Dieser Weg wurde von der IG BAU konsequent fortgesetzt. Ende der 90er-Jahre wurde – nach langen Diskussionen – ein deutscher FSC-Standard verabschiedet. Dieser Katalog traf auf entschiedenen Widerstand der eher mengenachhaltig orientierten Waldbesitzer, die daraufhin das konkurrierende europäische Zertifizierungssystem PEFC ins Leben riefen. Da die IG BAU als Gewerkschaft aller Forstbeschäftigten sich nicht nur um die Interessen der Beschäftigten in den FSC-Betrieben kümmern kann, arbeitet die IG BAU auch in den deutschen PEFC-Gremien mit, um auch hier soziale Kriterien durchzusetzen.

Floristik

Blumen werden global gezüchtet und gehandelt. In den meisten Erzeugerländern sind die Arbeitsbedingungen für die Blumenarbeiterinnen und -arbeiter katastrophal. Gemeinsam mit der Menschenrechtsorganisation FIAN, mit Kirchen, Hilfsorganisationen, Blumenproduzenten und Fachhändlern entwickelte die IG BAU das Zertifikat „Flower Label Programm“ (FLP). Das Programm sorgt in Afrika und Lateinamerika für eine menschenwürdige und umweltschonende Blumenproduktion. Um das Gütesiegel zu erhalten, müssen die Blumenfarmen bestimmte Kriterien erfüllen: Zahlung existenzsichernder Löhne, Gewerkschaftsfreiheit, Verbot von Kinderarbeit, Gesundheitsvorsorge, Verbot hoch giftiger Pflanzenschutzmittel, verantwortlicher Umgang mit natürlichen Ressourcen. Um existenzsichernde Löhne ging es stets auch bei der Tarifarbeit der IG BAU für die Floristinnen und Floristen. Hier gab es im Jahr 2008 eine Aufbruchsstimmung.

Die Mitglieder- magazine der IG BAU

„Grüne“ Branchen und Themen sind ein fester Bestandteil im Mitgliedermagazin der IG BAU, das seit der Fusion den Titel „Der Grundstein/Der Säemann“ trägt. In zahlreichen Artikeln, Reportagen und großen Titelgeschichten werden kontinuierlich „grüne“ Themen behandelt und manche Auf-

klärungsarbeit geleistet. Hohe Akzeptanz genießt auch die bis heute von einer ehrenamtlichen Redaktion erstellte Branchenzeitschrift „Forstliche Mitteilungen“. Bis Ende 2004 gab es dafür eine eigene Produktions- und Vertriebschiene. Der Kostendruck machte es notwendig, ein neues Konzept zu entwickeln. Die ehrenamtliche Redaktion blieb unverändert, die „Forstliche Mitteilungen“ werden nun der Mitgliederzeitschrift „Der Grundstein/Der Säemann“ beigeheftet.

Hier eine kleine Auswahl von Titelgeschichten im „Grundstein/Säemann“:

- September 2008: „Ende der Ölzeit. Die weltweite Energiekrise“.
- Juli/August 2008: „Globale Spekulation um Lebensmittel“.
- März 2008: „Klimaschutz: Anpacken und gewinnen“.
- Februar 2008: „Umwelt schafft Arbeit“
- April 2007: „Energetische Gebäudesanierung: Energie sparen – Arbeitsplätze schaffen“
- Juli/August 2006: „Nachwachsende Rohstoffe. Das grüne Gold“.
- Juli/August 2005: „Jobmaschine Klimaschutz“.
- April 2005: „Europa – JA. Sozialdumping – NEIN“.
- Februar 2005: „Der Wald ist krank“
- Oktober 2002: „Klimaschutz jetzt!“
- April 2001: „Osterweiterung: Europa braucht Zeit zum Wachsen“
- März 2001: „EU-Osterweiterung: Keine Dumpinglöhne in Europa“
- Februar 2001: „Verbraucherschutz: Prost Mahlzeit!“
- Januar 2001: „Rinderwahn-Skandal: Was sollen wir essen?“
- Juli/August 2000: „Ökologischer Landbau: Landwirtschaft mit höchster Kompetenz“.
- Juni 2000: „Zehnmal mehr Unfälle im Privatwald. Gefährliche Sturmholz-Aufarbeitung“.
- Dezember 1998: „Arbeitsplatz Wald: Gedeih und Erwerb“
- Der damaligen Zeit zum Teil weit voraus waren viele Artikel im „Säemann“, der Mitgliederzeitung der GGLF. Hier einige Beispiele aus der Zeit vor der Gewerkschaftsfusion mit der IG BSE:
- Februar 1994: „Schwerpunktthema Artenschutz“.
- März 1994: „Vernichtung der tropischen Wälder“.
- Sommer 1994: „Ländliche Kerne“.
- August/September 1994: „Nachwachsende Rohstoffe – Vergessene Pflanzen?“
- Oktober 1994: „Den grünen Arbeitsmarkt entwickeln“.
- Januar 1995: „Vorfahrt für nachwachsende Rohstoffe“.
- Februar 1995: „Die kolumbianische Blumenindustrie“.
- März 1995: „Gutes Klima.“
- Mai/Juni 1995: „Zukunft Erde – Solarstrategie und Neues Holzzeitalter“.
- August/September 1995: „Biogas nutzen“.
- Dezember 1995: „Bündnis für Arbeit und Natur“
(zur Fusion mit der IG BSE).



Wachstumsfeld energetische Gebäudesanie- rung

Auch das Aktionsfeld energetische Gebäudesanierung zeigt, dass „grüne“ Politik sich in anderen Branchen der IG BAU auswirkt und Effekte zeigt. Bauinvestitionen wurden seit Mitte der 90er-Jahre zentrales Opfer der öffentlichen Sparmaßnahmen. Das Zukunftsprogramm der rot-grünen Bundesregierung wurde auch aufgrund des starken Drängens der IG BAU im Rahmen des Bündnisses für Arbeit zu einem umweltfreundlichen Maßnahmenpaket. Für (erst einmal) drei Jahre wurde die energetische Altbausanierung gefördert.

Auf die von Rot-Grün eingeleitete sozialökologische Politikwende war die IG BAU in vielen Bereichen und Branchen vorbereitet. Die IG BAU begriff die neue, gesellschaftlich zum Teil heiß umstrittene Politik von vornherein als Erfolgsplan. „Wir haben uns nicht nur an der Theoriediskussion beteiligt, wir können mit konkreten Projekten belegen, dass ein Zusammenspiel von Arbeit und Umwelt ein Gewinn für alle ist“, bekräftigte damals die IG BAU.

Im Jahr 1998 begann ein Kooperationsprojekt von Greenpeace und IG BAU: „Das Plus für Arbeit und Umwelt“. In vielen Bezirksverbänden der IG BAU liefen Kampagnen. Die Erfahrungen wurden in das „Bündnis für Arbeit“ übernommen. Die Prognose von 1998, mit der energetische Gebäudesanierung mindestens 100 000 Arbeitsplätze sichern oder schaffen zu können, erfüllte sich – und wurde längst weit übertroffen. Das mehrfach verlängerte und ausgebauten Programm gilt als das erfolgreichste Projekt von „Rot-Grün“. Es wird bis heute fortgesetzt.

Saisonarbeit

Politischer Dauerbrenner war und ist die Saisonarbeit. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts erinnerten die Wanderbewegungen und manche skandalösen Zustände wieder an die Zeit von vor 100 Jahren. Mit der Öffnung der Grenzen nach Osteuropa nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Saisonarbeiterinnen und -arbeiter aus diesen Ländern zu, es entstand auch ein beträchtlicher Schwarzmarkt für illegale Saisonkräfte. Ab etwa 1992 gingen immer mehr landwirtschaftliche Betriebe dazu über, das Tätigkeitsfeld der billigen Saisonarbeiter auszuweiten. 1992 überstieg der Einsatz der fast ausschließlich osteuropäischen Saisonarbeiter offiziell zum ersten Mal die Marke von 200 000, sie stieg bis auf über 300 000 in den vergangenen Jahren, illegale Beschäftigungsverhältnisse nicht mitgezählt. Die Dunkelziffer ist hoch.

Meist war es die IG BAU, die durch Aktionen und Enthüllungen die Politik auf oft skandalöse Umstände aufmerksam machte. 2001 etwa sorgte eine Dokumentation „landwirtschaftliche Saisonarbeit“ für Aufsehen, die durch Recherchen des Bundesarbeitskreises Senioren und der IG BAU-Bezirksverbände Mark Brandenburg, Rheinhessen-Vorderpfalz und Köln-Bonn zustande gekommen war. Bis hin zu Architekturmodellen für den Saisonarbeiter-Wohnungsbau erstreckten sich die Aktivitäten der Agrar-Gewerkschaft. Die IG BAU zeigte sich konstant ihrer Verantwortung gegenüber den schwächsten Gruppen in der Landwirtschaft bewusst. Es gelang, die Entsenderichtlinie bis 2009 zu verlängern und Begehrlichkeiten der Arbeitgeber nach billigen Arbeitskräften aus Drittstaaten, also außerhalb der EU, abzuwehren. Gegen heftigen Widerstand wurde auch erreicht, dass Wanderarbeitnehmer Teil der sozialen Sicherungssysteme werden. Wer Saisonarbeiter



zsnydz

beschäftigt, muss für sie Sozialabgaben bezahlen. Nach Ansicht der IG BAU sind die Probleme mit den bestehenden Regelungen schon groß genug. Hartnäckig wehren die Arbeitgeber aber wieder und wieder einen Tarifvertrag für Saisonarbeitnehmer ab.

In einer Presserklärung der IG BAU vom Sommer 2008 hieß es dazu: „Der Deutsche Bauernverband fordert die Regierung auf, Billiglöhner zu harter Arbeit für 'n Appel und 'n Ei zur Verfügung zu stellen. Lohnsklaven aus immer entfernteren Ländern auf deutsche Felder zu holen, ist aber eine Sackgasse und mit der IG BAU nicht zu machen. Qualifizierte Arbeitnehmer werden überall in Europa gesucht, deshalb sind Löhne zwischen 6 und 8 Euro die absolute Untergrenze für harte Arbeit. Die Arbeitgeber wundern sich darüber, dass nicht ausreichend Erntearbeiter vorhanden sind, weil diese entweder gar nicht anreisen oder lieber in europäischen Nachbarstaaten arbeiten. Dabei brauchten sie nur akzeptable Angebote zu Lohnhöhe und sozialen Rahmenbedingungen zu machen. Stattdessen suchten sie lieber Menschen, die bereit sind, für 5 Euro oder noch weniger in der Stunde zu arbeiten. Die IG BAU fordert den deutschen Bauernverband und den Gesamtverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände auf, gemeinsam eine Strategie zu entwickeln, wie der Arbeitskräftebedarf für die Erntetätigkeiten in der Landwirtschaft sozialverträglich für die Zeit nach 2011 geregelt werden kann.“

Gewerkschaften und Klima

„Den Klimawandel gerecht gestalten“, das ist die Forderung der Gewerkschaften. Wenn die Regierungen dieser Welt über neue Reduktionsziele für Klimagase, über Umweltschutz und Anpassungsmaßnahmen verhandeln, dann sind auch Gewerkschaftsvertreter dabei und verschaffen den Anliegen ihrer Mitglieder Gehör. Bei der UNO-Klimakonferenz im Dezember 2007 in Bali zum Beispiel waren rund 80 Gewerkschafter aus 23 Ländern vor Ort, darunter auch die IG BAU.

Die Gewerkschaften hatten sich vor diesem Klimagipfel international erstmals auf ein Emissions-Reduktionsziel von 85 Prozent bis 2050 verständigt. Denn nur so kann die Erderwärmung bei zwei Grad Celsius stabilisiert werden, und nur so werden die Folgen beherrschbar bleiben. Der Klimawandel wird massive Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben und damit auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Die Erderwärmung wird einen Strukturwandel einläuten, der viele Branchen beeinflussen wird. Bis auf wohlfeile Worte werden die sozialen Auswirkungen des Klimawandels bisher in den Klimaschutz-Verhandlungen nicht berücksichtigt. Die Gewerkschaften haben seit 2007 offiziellen Beobachterstatus bei diesem UNO-Prozess, und sie sind angetreten, das zu ändern. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) vertritt weltweit 168 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 153 Ländern. Dieses Gewicht soll genutzt werden. Denn die Reduktionsvorgaben und Maßnahmen, die von den Ländern der Erde in den kommenden Jahren verhandelt werden, werden sich in konkreter Politik und Regelungen zu Hause niederschlagen.

Der Klimawandel ruft fundamentale Gerechtigkeitsfragen auf die Tagesordnung der Weltgemeinschaft, denn am meisten werden die armen Länder leiden müssen.

Auf viele Branchen kommt ein massiver Strukturwandel zu. Das Baugewerbe und Dachdeckerhandwerk können von Maßnahmen zum Klimaschutz stark profitieren, die Land- und Forstwirtschaft zum Beispiel werden große Anpassungen leisten müssen. In der Landwirtschaft können mit veränderten Anbaumethoden oder der Energieproduktion durch landwirtschaftliche Biogasanlagen klimaschädliche Emissionen wie Methan und CO₂ vermieden werden. Auch die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder ist wichtiger Bestandteil.

Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer – vor allem mit Entwicklungsländern – kann ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz sein. Die IG BAU beteiligt sich an Nachhaltigkeitsdialogen auf allen politischen Ebenen. Sie unterstützt auch konkret Partner-Gewerkschaften in Entwicklungsländern, etwa ein gewerkschaftliches Wiederaufforstungsprojekt in Burkina Faso oder ein Aufbauprojekt nach dem verheerenden Tsunami in Asien.

Die Klima-Allianz

Als ein weithin sichtbares Zeichen, dass die IG BAU es ernst nimmt mit dem Klimaschutz, trat sie am 1. Februar 2008 als erste Gewerkschaft überhaupt der Klima-Allianz bei. Dem Bündnis gehören Umweltverbände, Entwicklungsorganisationen, Kirchen und gesellschaftlich engagierte Gruppen an. Der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiesehügel erklärte zum Beitritt: „Den Klimawandel aufzuhalten, ist das Gebot der Stunde. Dafür brauchen wir eine breite gesellschaftliche Allianz. Es ist Aufgabe der Wirtschaft, einen gewichtigen Anteil an der Reduktion der Treibhausgase zu leisten.“

Die IG BAU will hierfür als Vertretung für rund 352 000 Arbeitnehmer in Branchen, wie der Bauwirtschaft, der Agrarwirtschaft und der „grünen“ Bereiche, Motor sein. Wiesehügel: „Die IG BAU will den Arbeitnehmerinteressen im klimapolitischen Prozess eine Stimme geben. Soziale Gerechtigkeit und ökologischer Wandel sind unser Ziel.“

Die IG BAU ist die „Klima-Gewerkschaft“. Sie ist bei diesem zentral wichtigen Thema auf vielen Branchenfeldern kompetent und schon seit Jahren aktiv. In den Betrieben, Unternehmen und Konzernen sind Gewerkschaften eine wichtige Kraft, um Maßnahmen zum Klimaschutz zu fördern. Zahlreiche Projekte haben gezeigt, dass Initiativen von Gewerkschaften und Arbeitgebern sehr effektive Schritte zu umweltfreundlicheren Betrieben umsetzen können. Die IG BAU und ihre Mitglieder sind mittendrin. Die „grünen“ Themen der Welt sind ihre Themen – ganz konkret.